

Hochheimer Stadtanzeiger

Neuer
Amtliches Organ
d. Stadt Hochheim

Erscheint: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit Illust. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach Höttinger Telefon 59. Geschäftsstelle in Hochheim: Massenheimerstr. 25, Telefon 67.

Anzeigen: kosten die 6-gelaltene Colonelle oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pf. Kleinanzeigen die 6-gelaltene Colonelle 30 Pf. Bezugspreis monatlich 1.— M. Postkontokonto 168 67 Frankfurt am Main.

Nummer 22. Dienstag, den 2. März 1926 3. Jahrgang

Neues vom Tage.

Der Volkstrauertag ist im ganzen Deutschen Reich würdig gefeiert worden.

Der Brief, durch den der bisherige Vizepräsident der Deutschen Nationalen Volkspartei, Winkler, sein Scheiden von dem bisher von ihm eingenommenen Posten anzeigt, ist an die zuständigen Stellen abgegangen.

Eine deutsche Stellungnahme zu dem Mussolini-Interview wird erst nach Eintreffen seines Wortlauts erfolgen.

Das norwegische Kabinett ist durch die Reichsparteien und den Bauernbund gestützt worden.

Nach der „Daily Telegraph“ hat sich die Mehrheit der englischen Minister für eine Klärung des englischen Standpunktes durch einen Kabinettsbeschluss und Verlegung der Behandlung aller Ansprüche auf einen Ratstag außer dem Deutschland bis zur September-Verammlung des Völkerbundes ausgesprochen.

Die italienischen Völkervertreter in London und Paris sind zur Berichterstattung über die politische Lage in Rom eingetroffen.

In amerikanischen politischen Kreisen wird die gegenwärtige Völkerbundstheorie als die ernsteste bezeichnet, die der Völkerbund bisher erlebt hat.

Verlorene Mühe?

Heute steht die Frage zur Erörterung, ob alle die unendliche Arbeit der Diplomaten für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, die ziemlich ein Jahr in Anspruch genommen hat, umsonst gewesen sein soll, indem zu allererst sich noch Zwischenfälle geltend machen, die man sämtlich aus dem Weg geräumt zu haben glaubte, und soll mit dieser Angelegenheit auch die Wirtschaft des Vertrages von Locarno verknüpft werden? Man kann das eigentlich kaum glauben und deshalb auch nicht annehmen, daß es Biegen oder Brechen des Vertrags gibt, sondern es geht um die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Das war bei so vielen Differenzen der Fall, daß es auch hier nicht unmöglich sein sollte. Wenn es sich heute um einen Kampf wegen der Vermehrung der Ratsmitglieder handelt, so könne nicht nur Sieg oder Niederlage in Betracht kommen, sondern es müßte einen Vergleich geben, der dem Geiste der Verständigung entspricht. Die Minister Briand und Chamberlain hatten sich in den letzten Tagen für die Vermehrung der Ratsmitglieder im Prinzip ausgesprochen, wenn sie auch die letzte Entscheidung dem Völkerbund selbst anheim geben wollten. Jedenfalls finden sie es erklärlich, daß Polen nachträglich die Forderung gestellt hatte, ebenso wie das Deutsche Reich in den Rat des Völkerbundes einzutreten. Die Dinge haben sich in England demnach zugespitzt, daß es nicht an Völkern fehlt, welche den Rücktritt Chamberlains verlangen, falls er sich nicht entschließen kann, seinen Standpunkt zu ändern. An den britischen Ministerpräsidenten Baldwin ist das Verlangen gerichtet worden, Chamberlain, wenn dieser nach Wien geht, die bestimmte Anweisung mitzugeben, gegen die Vermehrung der Ratsmitglieder zu stimmen. England soll selbständig bleiben, das ist die Parole in London. Der französische Ministerpräsident wird sich dazu noch zu äußern haben. Bisher steht er in seiner Stellung seinen Anlauf zu internationalen Untuglichkeiten.

Als 1919 der Völkerbund in Genf errichtet wurde, war von einem Eintritt Deutschlands noch keine Rede. Dann aber wurde die Aufnahme von Amerika, Deutschland und Russland offen gehalten. Als dann in Locarno der Eintritt des Deutschen Reiches in den Bund und in den Rat beschlossen wurde, war von weiteren Entscheidungen noch immer keine Rede, und die Reichsregierung blieb deshalb auf dem Standpunkt stehen, daß ohne ihre Zustimmung diese Sachlage nicht geändert werden könne. Sie sieht also die Vermehrung der Ratsmitglieder als eine wichtige politische Angelegenheit an, während Briand und Chamberlain die Sache mehr als eine Formalität ansahen, von der Deutschland keine Rücksicht zu erwarten habe. Wer verbürgt aber das polnische Wohlverhalten im Völkerbund? An dieser Garantie fehlt es!

Wenn überhaupt ein Vergleich angestrebt werden soll, so müßte wohl an diesem Punkte eingeleitet werden. Entgegenkommen Deutschlands an Polen hat zur Voraussetzung, daß die Reichsregierung ihre Erfahrungen im Völkerbund sammelt, und daß sie dort die Bürgschaften erhält, daß ihre Rechte dort von niemandem gekränkt werden. Daraus kann sie bestehen, weil sie die erste und einzige war, die für den weiteren Eintritt in den Rat in Betracht kam. Stellt sich heraus, daß von Polen oder sonst jemand keine Störungen zu erwarten sind, so könnte ein Provisorium beschlossen werden, dem die endgültige Entscheidung nachfolgen würde. Frankreich hat den größten Einfluß im Völkerbund, es vergibt sich also nichts, wenn es Deutschland gegen Zwischenfälle schützt. Denn diesem sind vertragsmäßig die Hände gebunden, während die Polen volle Selbstbestimmung besitzen. Das ist es doch, worauf es schließlich ankommt. Würde jetzt kein Ausgleich zustande kommen, so wäre nicht nur viel Zeit, sondern noch mehr Vertrauen der Nationen zueinander verloren, und das wäre bedauerlich. Denn ob das Werk zum zweiten Male bis zum Abschluß gefördert werden könnte, ist zweifelhaft. Verbitterung würde stets zurückbleiben!

Der Volkstrauertag in Berlin.

Die Gedenkfeier im Reichstag.

Im Plenarsaal des Reichstages fand am Sonntag mittag eine erhebende Gedenkfeier für die deutschen Gefallenen des Weltkrieges statt. Der Saal und die Tribünen waren überfüllt. Als äußeres Zeichen der Trauer waren die Tribünen mit Trauerflor ausgeschlagen und an der Rückwand herumhingen drei riesige, silber- und schwarzumflossene Vorhänge. Rechts und links vom Präsidentenstuhl verbreiteten sich je sechs riesige Kerzen feierliches Licht. Eine besondere Weihe wurde der Trauerkundgebung durch die Teilnahme der Studentenkorporationen mit ihren Fahnen gegeben.

In der ehemaligen Kaiserloge hatte Reichspräsident von Hindenburg Platz genommen. Neben ihm bemerkte man den Reichswehrminister Dr. Gieseler, den Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, den Chef der Obersten Marineleitung, Admiral Jenter, sowie die Vizepräsidenten des Reichstages, Dr. Niefer und Bell. Auch die übrigen Mitglieder der Reichsregierung unter Führung des Reichskanzlers Dr. Luther waren erschienen und hatten auf der Regierungsbank Platz genommen. Der päpstliche Nuntius Pacelli nahm gleichfalls an der Kundgebung teil.

Nach ergreifenden Darbietungen des Reichstages Männergesangsvereins unter Leitung von Professor Max Stange ergriff Reichspräsident von Hindenburg das Wort. Er erinnerte zunächst an den verstorbenen Gedenktag, wobei er auch des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert gedachte. Ebert sei stets ein energischer und freudiger Mitarbeiter des Reichstages gewesen. Dann führte der Redner weiter aus: Heute habe ich die Freude, den Reichspräsidenten, unseren Hindenburg, in unserer Mitte zu begrüßen. Wir danken ihm für sein Erscheinen im Namen der zwei Millionen Gefallenen, die im Glauben an ihn, den Führer, in den Tod gegangen sind. Gewiß, wir wollen uns hüten vor unwahrscheinlicher Sentimentalität am Volkstrauertag. Man kann und darf nicht mehr so trauern, wie man vor 10 bis 12 Jahren es getan hat, als die Todesbotschaft in das Haus kam: „Gefallen!“ Der echte wahrhafte Trauertag ist wahrhaftes Gefühl inniger Dankbarkeit.

Der Friedensführer 1916.

Kritik auf Etsch-Vorbringen gefordert.

In der Sonntagsgesprächung der Memoiren des Obersten Hauses wird der Friedensführer im Anfang des Jahres 1916 behandelt. Am 20. Januar reiste House von London über Paris und Genf nach Deutschland, um sich davon zu überzeugen, ob die Deutschen bereit seien, auf einer mit Lord Grey vereinbarten Grundlage zu verhandeln. Diese sah die Rückgabe Etsch-Vorbringens, die Räumung Belgiens und Serbiens, die Abtretung von Konstantinopel an Russland und den Zusammentritt einer Friedenskonferenz der Nationen zur Verhinderung eines jeden Angriffskrieges vor. In einer Unterredung habe von Jagow angegeben, daß Deutschland bereit sei, Frankreich und Belgien zu räumen, wenn eine Entschädigung bezahlt werde. House wies aber darauf hin, daß die Alliierten einen Vorschlag auf Entschädigungsleistung ganz entschieden ablehnen würden.

Die Krise in England.

Der Kampf um die Stipe im Völkerbundsrat.

Der diplomatische Berichterstatter der „Morning Post“ schreibt, der Vorschlag einer Vermehrung der ständigen Ratsmitglieder sei weiterhin das Hauptthema der politischen und Völkerbundstheorie im In- und Auslande. Während der letzten Woche empfangen der Premierminister Abordnungen und ungezahlte Briefe von Vertretern aller Schattierungen der öffentlichen Meinung, die gegen eine sofortige Vermehrung der ständigen Ratsmitglieder Einspruch erheben.

Der Genfer Berichterstatter der „Morning Post“ schreibt, ein zweites Locarno werde in Genf abgeschlossen werden müssen, dann vor der Sitzung der Sonderversammlung des Völkerbundes sowie des Rates eine Vereinbarung erzielt werden könne, bevor Deutschlands Antrag formell vorgelegt werden wird. Es werde geglaubt, daß Deutschland, bevor es Mitglied des Völkerbundes wird, die Entscheidung über dieses wichtigste der inneren Probleme des Völkerbundes in Händen haben werde. Es sei die Ansicht der Völkerbundstheorie, daß der Vorschlag, Spanien, Brasilien und Polen je eine Stipe zu gewähren, augenblicklich ganz von Kallher und Stresemann abhängen.

Wenn die Deutschen in den vorherigen Besprechungen sich der Erweiterung des Rates widersetzen, so würden sie die Unterhändler Schwedens und wahrscheinlich auch Italiens und Japans im Rate erhalten. Es verlange jedoch von maßgebender französischer Seite, daß Briand auf seiner Forderung nach einem Sitz für Polen und Spanien nicht bestehen werde, wenn Stresemann nicht zustimmt.

Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge sei die große Mehrheit der britischen Minister der Ansicht, daß das Kabinett die Politik, die in der Frage der Erweiterung der Ratsmitglieder befolgt werden solle, festlegen müsse, und daß die Entscheidung der Ansprüche anderer Länder als Deutschland bis zur Septemberversammlung des Rates verschoben werden müsse. Soweit Polen in Frage komme, könne endgültig erklärt werden, daß es keine Aussicht habe, im März in den Rat einzutreten.

Chamberlain völlig isoliert.

Der politische Berichterstatter des „Observer“ schreibt: Es ist für das Kabinett Baldwin der ernsteste Augenblick seit seinem Bestehen. Zwischen Chamberlain und der Mehrheit des Kabinetts besteht eine moralische Krise, die fast einer praktischen Krise gleichkommt. Der Ministerpräsident und Chamberlain stimmen in dieser Frage nicht überein. Das Land verlangt, daß die Locarnopolitik fortgesetzt und daß Deutschland zu allererst in den Rat aufgenommen wird sowie daß die anderen Länder ihre Ansprüche zurücklassen müssen. Chamberlain hat sich bei seiner Durchreise durch Paris zu sehr mit Ansichten eingelassen, welche die englische öffentliche Meinung sowie die Dominions entschlossen verwerfen. Er will Deutschland verführen, ohne Frankreich zu verstimmen. Wenn er am nächsten Sonntag vor der formellen Eröffnung der Völkerbundkonferenzen in Genf mit den deutschen Delegierten zusammentreffen wird, wird er alle Karten auf den Tisch legen. Polens Aufnahme in den Völkerbund würde in Deutschland als ein Schlag ins Gesicht, vor allem nach dem Trank aus dem Liebesbecher in Genuß, empfunden werden. Der Korrespondent tritt für den alleinigen Eintritt Deutschlands im gegenwärtigen Augenblick ein, sowie für die Ernennung eines Ausschusses durch den Völkerbund, der im Herbst über die Ansprüche anderer Länder auf ständige Ratsmitglieder berichtet. An einer anderen Stelle hebt der „Observer“ hervor, daß niemals eine größere Übereinstimmung in der britischen öffentlichen Meinung bestanden habe als in dieser Frage. Vierhundert Parlamentsmitglieder und die gesamte Presse verlangten den energischsten Widerstand.

Politische Tageschau.

Die Berliner Reise des Völkervertraters. Eine italienische Agentur will aus diplomatischer Quelle erfahren haben, daß der deutsche Völkervertreter von Neurath nur deshalb nach Rom zurückkehren werde, um dort seinen Abschiedsbesuch zu machen. Wie man dazu von zuverlässiger Stelle erfährt, entbehrt diese Nachricht jeder Grundlage. Vielleicht handelt es sich hierbei um einen italienischen Versuch, den aufzusaugen in Berlin zur Zeit keinerlei Interesse besteht. Der Besuch des Völkervertraters im Berliner Auswärtigen Amt steht mit den letzten Ereignissen, sowie mit den zu Beginn der Völkerverbundung in Genf aufstehenden Fragen im Zusammenhang.

Die Reise des österreichischen Bundeskanzlers nach Berlin. Der österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Frank, trifft am 6. März in Wien ein, um mit der österreichischen Regierung über das genaue Programm der Berliner Reise des Bundeskanzlers Dr. Rameis zu verhandeln. Auf Wunsch der deutschen Reichsregierung wird sich Dr. Rameis erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers Dr. Luther und des Außenministers Dr. Stresemann aus Genf, also voraussichtlich in der letzten Woche des Monats März, nach Berlin begeben.

Zur Nachfolge Raulis. Der „Paris Echo“ glaubt zu wissen, daß der ehemalige Generalsekretär des Generalkonvents für Etsch-Vorbringen in Straßburg, Canada, zum Nachfolger des vorzeitigen französischen Delegierten in der Regierungskommission des Saargebietes, Raulis, in Aussicht genommen sei.

Die Arbeiten der Mandatskommission. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Rom kommen die Arbeiten der Mandatskommission nicht von der Stelle. Die Kommission habe die Besprechung des Trufenaufstandes, die ihre Hauptaufgabe sei, noch nicht begonnen. Unter diesen Umständen könne der Bericht für die Völkerverbundung nicht mehr rechtzeitig fertiggestellt werden.

Um Südtirol. In der Volkshalle des Wiener Rathhauses fand eine von mehreren tausend Personen besuchte Versammlung für Südtirol statt, in der mehrere Innbrüder Redner über die Südtiroler Frage sprachen. Es wurde eine Entschädigung angenommen, in der die österreichische Regierung aufgefordert wird, die Südtiroler Frage vor den Völkerbund zu bringen, da es sich um eine Angelegenheit handle, an der die ganze zivilisierte Welt interessiert sei.

Eine amerikanische Stimme zur Rede Briands. In einem Vortragsartikel schreibt die „New Yorker Times“ zur letzten Rede Briands: „Alles, worauf es ankommt, ist eine Atmosphäre einmütiger Zusammenarbeit, wie sie bereits im Völkerbund besteht. Dazu kann nichts besser beitragen, als die Anerkennung, die Briand der Größe des deutschen Volkes zollte, des Volkes, mit dem Frankreich in einem mörderischen Kampfe gemessen hat, und mit dem es einst in Güte zusammenarbeiten muß.“ Die Rede Briands stand in scharfem Gegensatz zu dem von Mussolini angeschlagenen Mißton.

eger, Kreditgeber und d. Die Verfehlungen bei der Bremer städtischen Spar-
worden sind. Die größte, nach den neuesten Feststellungen, ist an dem Auf-
der Inflationszeit überschritten bei der Verabschiedung der städtischen Sparkasse in
der es im Verein mit der Sparkasse nicht nur der Stadtkassiermann Paul, sondern
die Bücher in der Sparkasse fünf bis sieben weitere Angehörige beteiligt.
wischen sind im August die Veruntreuung ist eingeleitet. Bei den Verfehlungen
nachprüfung der Geschäftsbücher sind sich um insgesamt 155.000 Mark.

Die Verfehlungen bei der Bremer städtischen Spar-
worden sind. Die größte, nach den neuesten Feststellungen, ist an dem Auf-
der Inflationszeit überschritten bei der Verabschiedung der städtischen Sparkasse in
der es im Verein mit der Sparkasse nicht nur der Stadtkassiermann Paul, sondern
die Bücher in der Sparkasse fünf bis sieben weitere Angehörige beteiligt.
wischen sind im August die Veruntreuung ist eingeleitet. Bei den Verfehlungen
nachprüfung der Geschäftsbücher sind sich um insgesamt 155.000 Mark.

Neues Sprengstoffattentat in Obersiebenbrunn. In Lando-
wurde vor dem Fenster der Wohnung eines Gruben-
schneiders, der den Polen seit langem verhaftet war, eine Spreng-
stoffladung in einem Kasten zur Explosion gebracht. Verletzt wurde niemand.

Ein eigenartiger Theaterunfall. Bei einer „Carmen“-
Vorführung im Stadttheater in Tournai wurde die Darstellerin
der „Carmen“ bei einer Aufführung im letzten Akt durch ihren
Partner erheblich verletzt. Der Darsteller des José handhabte
seinen Theaterdolch so unvorsichtig, daß die Carmen Stich-
wunden davontrug und vom Arzt verbunden werden mußte.

Nicht Arbeiter von einem eingestürzten Kamin begraben.
Auf der Wiesenfläche in Billebrunn (Luxemburg) sollten
Arbeiter den großen Kamin ausbessern. Plötzlich fiel das
Baumwerk unter gewaltigem Getöse um und begrub acht
Arbeiter unter den Trümmern, die nur als Leichen geborgen
werden konnten. Eine Anzahl anderer soll verwundet sein.

Einführung der Sommerzeit in Frankreich. In Frank-
reich wird die Sommerzeit am 17. April eingeführt.

Die Sanitätstruppe gerückt. In der Port-Sunlight-
Fabrik der Dever Brothers in London brach ein Feuer aus.
100 Arbeiter retteten sich aus der brennenden Fabrik, einem
Lebensmittelgeschäft. Das Feuer entstand im sechsten Stock-
werk, wo Hunderte von Tonnen Leinwand lagerten. Die
Fabrik ist vollständig niedergebrannt.

Fünf Jahre ohne Nahrung. Nach einer Meldung aus
Madrid untersucht die medizinische Fakultät Saragossa streng
den Verdacht, daß ein gewisser Amalia Barata Vacua in der
Darbietungen des spanischen Burghaus, die seit über fünf Jahren lebt ohne zu essen
und zu trinken und ohne jeden Stoffwechselvorgang. Der Fall
wird dem nächsten Medizin-Kongress in Stockholm vorgelegt.

Der Abbruch der Grünen Woche. Die Grüne Woche,
die große Berliner landwirtschaftliche Messe und Ausstellung
auf dem Gelände Kaiserdom hat ihre Pforten geschlossen.
Von besonderem Interesse war die Geflügel- und Kaninchen-
ausstellung, die von den Landwirten, Wirtschaftskammern veranstaltet
wurde. Das wirtschaftliche Ergebnis der Grünen Woche ist im
Vergleich zu manchen anderen Messenveranstaltungen als recht
günstig zu bezeichnen und berechtigt dazu, diese Veranstaltung
in der Zukunft zu einer ständigen Berliner Einrichtung zu machen.

Gerüststurz. Auf dem im Bau befindlichen Groß-
kraftwerk Berlin-Rummelsburg stürzte ein Teil des Bau-
gerüsts zusammen. Zwei auf dem Gerüst befindliche Arbeiter
wurden in die Tiefe. Der eine brach das Genick und war auf
der Stelle tot, während der andere so schwere Verletzungen
erlitt, daß er nach Auflegung von Notverbanden ins Kranken-
haus zum Gaudium der Hausbesitzer gebracht werden mußte.

Großfeuer. In Reimsstadt entstand ein großer Brand
in einer Pension, wobei der Dachstuhl des Hauses eingeschert
wurde. Es gelang, die vierköpfige Familie mit einer großen
Feuerwehreinheit zu retten, während ein 23-jähriges Mädchen,
das in der Pension logen lernte, nur als Leiche geborgen
werden konnte.

Die Morde an polnischen Schmitt. Aufklärung neuer
Fälle. Die Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei in
Osternburg haben ergeben, daß noch zwei weitere Morde auf
den Konto der polnischen Schmitt gestellt werden müssen. Am
3. August 1924 wurde ein Polenarbeiter in Warschau bei
Osternburg aus Mord ermordet. Am 31. Mai 1925 wurde in
Pommern bei Celle ein Einbruch in ein Konfektions-
geschäft verübt, wobei ein auf Urlaub befindlicher Reichswehr-
soldat getötet wurde. Außerdem erlitt ein Oberlandjäger
schwere Verletzungen. Hauptverdächtig ist in diesem Falle der in
Osternburg in Untersuchungshaft befindliche 23-jährige Johann
Petross, genannt Stiefel-Johann. Zweifellos haben die Ban-
diten besonders in Osternburg, Pommern, Westfalen, Altmärk,
Pommern in den Jahren 1924/25 noch weitere Verbrechen
verübt. Einzelne dieser Banditen werden noch gesucht.

Sturmflut bedroht die englischen Rheinstetten. Die
englische Rheinflotte, die von Le Havre nach Portsmouth ab-
gefahren war, wurde in der Nacht im Kanal von einem starken
Südoststurm heimgesucht. Ein Kanonenboot ging unter. Die
Belastung konnte gerettet werden. Erst bei Morgenrauen ge-
lang es der Flotte mit Unterstützung eines herbeigerufenen
Schleppdampfers den Portsmouther Hafen zu erreichen.

Lozales.

Gedenkstafel für den 3. März.

1829 * Der Reichstheater-Dir. Bernburg in Mainz († 1907)
— 1861 Alexander H. von Ausland hat die Selbstmordtätigkeit auf.
— 1864 * Der Maler und Bildhauer Max Klinger in Apolda — 1874
Paris wird von den Deutschen geräumt — 1878 Der Präsidenten-
wahl in San Stefano beendet den russisch-türkischen Krieg —
1900 * Der Alpinist Ludwig Purtscheller in Bern (* 1849)

Der Storch.

In den liebsten Gassen gehört auf dem Lande ein richtiges
Storchennest, das stolz, gravitätisch und doch jütztaulich mitten
in der Dorfschaft auf einem hohen Siedel ruht. In Bayern
sind die Störche, besonders in Schwaben, erfreulichweise noch
ziemlich betreten und es wäre eine recht dankenswerte Auf-
gabe, einmal festzustellen, wieviel Störche eigentlich in Bayern
im ganzen vorhanden sind und wie sie sich über das Land ver-
teilen. Für Württemberg ist jetzt eine solche Bestandsaufnahme
erfolgt, die der bekannte Naturforscher Dr. Kurt Mörike
namens der Deutschen Vogelwarte veranlaßte. Sie ergab,
daß in ganz Württemberg heute nur noch 58 Störche
Storchennester vorhanden sind, während 274 weitere Nester
innerhalb der letzten drei Jahrzehnte verlassen wurden und
so oder so zerstört sind. Als Ursache wird in nicht
weniger als 36 Fällen der Abbruch der Störche angegeben.

Volkskulturtage. Der deutsche „Volkskulturtage“
am verflochtenen Sonntag wurde unter großer Anteilnah-
me der hiesigen Einwohnerschaft würdig begangen. Am
Samstag fand in der Schule in der letzten Unterrichts-
stunde eine Gedenkfeier statt, in welcher die Lehrpersonen
in den einzelnen Klassen die Schüler auf die Bedeutung
des Tages hinwiesen. — Am Sonntag nach dem Haupt-
gottesdienste, der zum Gedächtnis der Gefallenen gefeiert

wurde, versammelten sich die städtischen Körperschaften
und sämtliche Vereine von hier mit ihren Traueranflor-
ten Fahnen, auf den „Plan“ und zogen unter Vor-
antritt der Feuerwehrkapelle nach dem Friedhof und zwar
seiner Abteilung „Ehrenfriedhof“, wo sich inzwischen viele
Teilnehmer aus unserer Gemeinde versammelt hatten.
Nach dem Vortrag eines Trauerredes seitens der Kapelle
sang zunächst der Gesangsverein „Sängerbund“ das Grab-
lied: „Stumm schläft der Sänger“. Nun ergriß Herr
Bürgermeister Arzbächer das Wort und gedachte der Söhne
unserer Stadt, die auf dem Felde der Ehre zu unserem
Schutze das Leben ließen und zum größten Teile in frem-
der Erde ruhen. Zum dankbaren Gedächtnis der verblie-
benen Helden legte er im Namen der Stadt einen schönen
Kranz nieder. Darauf sprach Herr Pfarrer Herborn im
Namen der katholischen Pfarrgemeinde. Er erinnerte
daran, daß der Weltkrieg an 20.400.000 Menschenleben durch
den Tod und Kränklichkeit gefordert habe. Davon entfal-
len auf die kath. Gemeinde 101 Tote und 5 Vermisste.
Zwei Wohnungen lege der heutige Tag an das Herz:
„Wie wieder Krieg!“, „Bauet auf das Vaterland in ge-
meinsamer Liebe!“. Er schloß mit den Worten des Dich-
ters: „Ans Vaterland, ans teure schließ dich an!“ Im
Namen der evangelischen Gemeinde sprach Herr Pfarrer
Gerwin. Er gedachte der hohen Bedeutung des Volks-
kulturtages für unser Vaterland und mahnte, sich den
Opfern der gesunkenen Krieger würdig zu zeigen durch
die Pflege eines echt deutschen Wesens unter Weidung
der Vergnügungssucht, des Sinnenrausches und des ein-
seitigen Jagens nach irdischem Besitz. Die Zahl der Opfer
in der evangelischen Gemeinde betragen 9. Hierauf sang
die „Sängereinigung“ den Trauerchor: „Am Kreuz-
des-Grabs“. Mit dem Musikstück: „Ich halt' einen Kame-
raden“ erreichte die eindrucksvolle Feier ihr Ende. Die Zahl
der Gefallenen einschließlich Vermissten aus der Gemeinde
Hochheim beträgt 116.

Der Tod auf der Landstraße. Gestern Nachmittag
ereignete sich auf der Straße nach Sindlingen ein bedauer-
licher Unglücksfall. Ein Motorrad stieß an einer Kurve
mit einem Lastauto zusammen. Der Besitzer des Motor-
rades, Wendel aus Obersiebenbrunn, war auf der Stelle tot,
während sein Begleiter, der 23-jährige Nikolaus Winau
aus (Hochheim) am Main schwere Verletzungen davon-
trug und ins höchste Krankenhaus verbracht werden
mußte.

Kundstunt. Die Gedenkfeier aus Anlaß des „Volks-
kulturtages“ am verflochtenen Sonntag im Plenar-Sitzungs-
saal des Reichstagsgebäudes in Berlin wurde nach Frank-
furt am Main übertragen und hier durch die Sendestation
verbreitet. Sie war am Apparat durch den Hörer in
allen ihren Teilen sehr deutlich vernehmbar. Die An-
sprache hielt der Präsident des „Volksbundes der deut-
lichen Gräberfürsorge“, Herr Siemens-Charlottenburg. Alle
wichtigen Veranstaltungen können jetzt durch die Er-
öffnung des Kundstunts der Allgemeinheit zugänglich ge-
macht werden.

Ausstellung christlicher Kunst. Durch das dankenswerte
Entgegenkommen der „Vereinigung Mainzer bildender
Künstler“ ist es ermöglicht, vom 27. Februar ab in Mainz
eine Ausstellung christlicher Kunst zu veranstalten. Es
werden Werke solcher Künstler gezeigt, die der „Deutschen
Gesellschaft für christliche Kunst“ (Sitz München) angehö-
ren. Den Grundstock der Ausstellung bilden Originale
der Malerei, Bildhauerei, Kleinplastik und Graphik, welche
verflochtenes Jahr auf der sogenannten „Biennale“ in der
Via Nazionale in Rom gezeigt wurden. Die Schöpfun-
gen deutscher Künstler fanden in dieser internationalen
Schau allgemein günstige Beurteilung und bewundernde
Anerkennung. So wird diese Ausstellung bei dem kunst-
interessierten Publikum von Mainz und Umgebung be-
sonderem Interesse begegnen. Die „Mainzer Vereinigung
bildender Künstler“ hat in besonderer Weise dazu be-
tragen, daß die Ausstellung ermöglicht wird, da sie ihre
Räume in der Armenkassiererei bereitwillig und
selbstlos zur Verfügung gestellt hat.

Aufnahme in die höheren Schulen von Mainz. In
diesen Tagen werden die Anmeldungen, darunter auch
die für die Handels-Realschule, Mainz-Steingasse entgegen-
genommen. Wenn nach den vier bzw. drei Schuljahren
der Grundschule für viele Eltern die Zeit gekommen ist,
ihre Kinder einer staatlichen höheren Lehranstalt zuzu-
führen, so erhebt sich die Frage, welche Schule gewählt
werden soll. Am solchen Schülern, die sich in der Wirk-
schaftspraxis betätigen wollen, einerseits eine theoretische
Berufsvorbereitung zu geben und ihnen andererseits eine
abgerundete höhere Schulbildung zu vermitteln, als sie
den Anstalten geben, bei denen die Obersekundare nur
Zwischenziel ist, wurde die Handels-Realschule errichtet, doch
wurde darauf Bedacht genommen, daß begabte Schüler,
die sich erst im Laufe der Schulzeit entschließen, die Ma-
turitätsprüfung abzulegen, den Anstoß an die Ober-
sekundare der Oberrealschule finden können. Der Lehrplan
der Handels-Realschule weicht in den Klassen Sexta, Quinta,
Quarta und Untertertia kaum von dem der Oberrealschule
ab; in Obertertia und Untersekunda treten zu den Fächern
der Oberrealschule, die zum Teil in ihrer Wochenstunden-
zahl gekürzt sind, Korrespondenz, Handelslehre, Buchführung,
Stenographie, kaufmännisches Rechnen und wahlweise wirt-
schaftstechnische Übungen hinzu. Auch in den übrigen
Fächern wird dem besonderen Charakter der Anstalt Rechnung
getragen. So empfiehlt sich der Besuch der Handels-Realschule
vor allem für jene Schüler, die eine staatliche höhere
Lehranstalt besuchen wollen, um später Kaufmann, Hand-
werker, Geschäftsbeamter, der mit dem Kassens-, Rechnungs-
und Steuerwesen zu tun hat, wird die Anstalt mit Vorteil
besuchen. Auch können, wie schon erwähnt, Schüler, die
sich erst später zur Ablegung der Maturitätsprüfung ent-
schließen, durch den Eintritt in die Obersekunda der Ober-
realschule zum Studium gelangen.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim.

Hochheimer Markt 1926.
Pferde, Rindvieh, Schweine- und Krammarkt
am 8. und 9. März 1926.

Öffentliche Vergabe der Plätze für Fahrgeschäfte und
Schaubuden am Dienstag, den 2. März ds. Jrs. vormit-
tags 10 Uhr an Ort und Stelle.

Mindestangebot 20 Pfg. pro qm. für alle Markttage.
Anmeldung und Bezahlung der Kramstände am Samstag,
den 6. März ds. Jrs. vormittags von 8 bis 11 Uhr im
Rathause Zimmer 8. Verlosung und Ablegung der Plätze
nachmittags 1 Uhr auf dem Plage.

Hochheim a. M., den 10. Februar 1926.
Die Polizeiverwaltung: Arzbächer.

Betrifft Maul- und Klauenseuche.

Infolge eines neu aufgetretenen Falles von Maul- und
Klauenseuche im Gehöfte des Landwirts Johann Bih
hier Gartenstraße 8 bleibt die ganze Stadt und Gemein-
schaft Hochheim a. M. als Sperrbezirk bestehen und ist
jeglicher Durchtrieb von Klauenvieh verboten.

Auf das Verbot betr. Festlegen der Hunde oder Führen
an der Leine wird nochmals ausmerksam gemacht. Über-
tungen werden bestraft.

Hochheim a. M., den 27. Februar 1926.
Die Polizeiverwaltung: Arzbächer.

Betrifft: Hochheimer Frühjahrsmarkt.

Der Rindviehmarkt am 8. und 9. März ds. Jrs. darf
wegen des Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche nicht
abgehalten werden.

Diejenigen Einwohner, welche Pferde an den Markt-
tagen einstellen wollen und im Besitz von Klauenvieh
(Rindvieh, Schafe, Schweine) sind, haben ihre Bestände
vor dem Einstellen der Pferde durch den Tierarzt hier
auf das Vorhandensein der Maul- und Klauenseuche unter-
suchen zu lassen.

Anmeldungen für diese Untersuchungen sind kurz vor
dem Einstellen der Pferde bei dem Tierarzt Herrn Dr.
Schaaf hier zu machen.

Hochheim a. M., den 27. Februar 1926.
Die Polizeiverwaltung: Arzbächer.

Auf Grund a) des Gesetzes über den Volksentscheid
vom 27. Juni 1921 in der Fassung des Art. 3 des zweiten
Gesetzes zur Änderung des Reichswahlgesetzes vom 31. De-
zember 1923; b) der Reichsreformverordnung vom 14. März
1924; c) des Bundesgesetzes des Ministers des Innern vom
20. Februar 1926, wird hiermit folgendes veröffentlicht:

Nachdem die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zu-
lassung des von der Sozialdemokratischen Partei, der
Kommunistischen Partei und dem Ausschuss zur Durch-
führung des Volksentscheides gestellten Antrags auf Zu-
lassung eines Volksbegehrens auf Eintragung eines Ge-
setzentwurfs über Entzignung der Fürstenerbenrechte erfüllt
sind, hat der Reichsminister des Innern das Volksbe-
gehren mit dem Kennwort „Eintragung der Fürstenerben-
rechte“ durch Verordnung vom 12. Februar 1926 zuge-
lassen und gleichzeitig als Eintragungsfrist die Zeit vom
4. bis einschließlich 17. März 1926 festgesetzt.

Für die Stadt Hochheim a. M. wird die Eintrags-
zeit wie folgt bestimmt:

Am 4. und 5. März von vorm. 8 bis 12.30 Uhr und
von nachm. 2 bis 5 Uhr; am 6. März von vorm. 8 bis
12.30 Uhr; am 7. März von vorm. 8 bis 12.30 Uhr und
nachm. von 2 bis 5 Uhr; vom 8. bis 13. und vom 15. bis
17. von nachm. 4 bis 7 Uhr; am 14. von vorm. 11 bis
nachm. 1 Uhr.

Die Eintragungslisten liegen zur Unterschrift hier im
Rathause Zimmer 6 (Obergeschloß) bereit.

Für das Antoniusheim werden außerdem noch die
Eintragungslisten am 9. März von 10 bis 12 Uhr vorm.
dort zur Eintragung ausgelegt.

Zur Eintragung wird zugelassen, wer in der laufend
geführten Stimmkarte eingetragen ist. Andere Personen
dürfen zur Eintragung nur zugelassen werden, wenn sie
einen Eintragungsschein besitzen.

Einen Eintragungsschein erhält auf Antrag:

a) ein Eintragungsberechtigter, der in eine Stimm-
liste oder Stimmkarte eingetragen ist.

1. wenn er während der ganzen Eintragsfrist aus
zwingenden Gründen außerhalb des Ortes sich aufhält,
in dessen Stimmliste oder Stimmkarte er eingetragen ist.

2. wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder
Gebrechens in seiner Bewegungsfähigkeit behindert ist
und durch den Eintragungsschein die Möglichkeit erhält,
einen für ihn günstiger gelegenen Eintragungsraum auf-
zusuchen.

b) ein Stimmberechtigter, der in eine Stimmliste oder
Stimmkarte nicht eingetragen oder darin gestrichen ist.

1. wenn er wegen Ruhens des Stimmrechtes nicht ein-
getragen oder gestrichen war, der Grund dafür aber nach-
träglich weggefallen ist.

2. wenn er Auslandsdeutscher war und seinen Wohnort
nach Ablauf der Frist zur letzten Auslegung der Stimm-
liste oder Stimmkarte in das Ausland verlegt hat.

3. wenn er nachweist, daß er bei der letzten Auslegung
der Stimmliste oder Stimmkarte ohne sein Verschulden die
Frist zur Einlegung eines Einspruches gegen die
Stimmliste oder Stimmkarte veräußert hat.

4. wenn er nachweist, daß er erst nach der zuletzt vor-
genommenen Abstimmung stimmberechtigt geworden ist.

Der Inhalt über die Verordnungen über Zulassung des
Volksbegehrens mit dem Gesetzentwurf ist im unteren Teil
des Rathauses, sowie an allen übrigen Anschlagstafeln
ersichtlich.

Hochheim a. M., den 1. März 1926.
Der Magistrat: Arzbächer.

Bekanntmachung.

Am Samstag, den 20. März ds. Jrs. Nachm. 4 Uhr
wird an Ort und Stelle die Fahrgefahr bei Hoch-
heim öffentlich meistbietend für die Zeit vom 1. April
1926 bis einschl. 31. März 1928 verpachtet. Fahrge-
fahrlichkeiten sind vom Pächter selbst zu stellen. Die übrigen
Bedingungen werden im Termin bekanntgegeben.

Wasserbauamt Frankfurt a. M.

Han bittet kleinere An-
zeigen bei Ausgabe so-
fort zu bezahlen.

Flamm
Fisch, Fisch, Fisch
waggen, Fisch, Fisch
Beworben
Flamm
zu Fisch, Fisch

Agenten
sucht für erstklassige, halbe
Zaloufen, Gardinenstoffe
Grüner & Co. Neuro
Leitungsfähige Agenten

Cirka 150 Centes
Dickw
2 neue Leiterwägel
gut erhaltene Butter
zu verkaufen. H.
Schmiedemeister, D.